

**Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
(Abwasserbeseitigung)**

vom (Datum wird von 10 ausgefüllt)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit den §§ 2, 13 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeitig gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am (Datum wird von 10 ausgefüllt) folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) vom 20. Mai 1985, zuletzt geändert durch Satzung vom 19.12.2022, beschlossen:

Artikel 1
Satzungsänderung§ 21 wird wie folgt ergänzt:

Nach Absatz 1 Satz 1 wird der Satz „Ausgenommen von der Beitragspflicht sind beplante aber nicht angeschlossene Grundstücke ausschließlich für großflächige PV- bzw. Solarthermieanlagen.“ ergänzt.

§ 33 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 2 wird nach dem Wort „Messgeräte“ das Wort „(Zwischenzähler)“ ergänzt.
2. In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „dieses Messgerät“ durch die Wörter „diesen Zwischenzähler“ ersetzt.
3. Nach Absatz 1 Satz 3 werden folgende Sätze ergänzt:
„Zwischenzähler dürfen nur durch ein fachlich geeignetes Installationsunternehmen eingebaut werden. Sie stehen im Eigentum des Grundstückseigentümers und sind von diesem auf eigene Kosten einzubauen und zu unterhalten. Der erstmalige Einbau sowie der Austausch eines Zwischenzählers sind der Universitätsstadt innerhalb von vier Wochen unter Angabe des Zählerstandes anzuzeigen. Ist im Einzelfall der Einbau aus technischen Gründen nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen hohen Aufwand möglich (zum Beispiel bei Gewerbebetrieben), kann der Nachweis auch durch ein entsprechendes Fachgutachten erbracht werden.“
4. Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben die abzusetzende Wassermenge nicht durch einen Zwischenzähler nach Absatz 1 festgestellt, werden die nicht eingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. Dabei ist gemäß § 51 des Bewertungsgesetzes der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände entsprechend anzuwenden. Je Vieheinheit gemäß der Anlage zu § 51 des Bewertungsgesetzes gilt als nicht eingeleitete Wassermenge im Sinne von Absatz 1 je Vieheinheit 15m³/Jahr. Für den Viehbestand ist der Stichtag maßgebend, nach dem sich die Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das laufende Jahr richtet.“

Die pauschal ermittelte nicht eingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge abgesetzt. Die dabei verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen polizeilich gemeldete Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraum

nicht nur vorübergehend aufhält, mindestens 40m³/Jahr für die erste und jede weitere Person mindestens 35m³/Jahr betragen.“

5. Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 4

6. Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Wird bei Autowaschanlagen die abzusetzende Wassermenge nicht gemäß Absatz 1 ermittelt, werden 20% des Gesamtverbrauches bei der Bemessung der Schmutzwassergebühr (Schleppwasser) abgesetzt.“

§ 34 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Abwasser“ der Betrag „1,41 Euro“ durch „1,67 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 Satz 1 wird nach dem Wort „Wassermenge“ der Betrag „0,89 Euro“ durch „0,79 Euro“ ersetzt.
3. In Absatz 4 Satz 1 wird nach dem Wort „Abwasser“ der Betrag „13,10 Euro“ durch „13,84 Euro“ ersetzt.

In § 37 wird ein neuer Absatz mit folgendem Inhalt eingeführt:

„(8) Die Gebührenschuld gemäß § 31 Absatz 1 sowie die Vorauszahlungen gemäß § 37 Absatz 4 ruhen auf dem Grundstück bzw. dem Erbbaurecht als öffentliche Last (§ 13 Absatz 3 in Verbindung mit § 27 Kommunalabgabengesetz für Baden-Württemberg).“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt in Kraft am 1. Januar 2025.

Tübingen, den *(Datum wird von 10 ausgefüllt)*

Boris Palmer
Oberbürgermeister